



Der Dachverband Kinderkrebs Schweiz appelliert, krebserkrankte Kinder nicht zu vergessen. Symbolfoto: Pexels/Kindel Media

AM (HEUTIGEN) 15. FEBRUAR IST INTERNATIONALER KINDERKREBSTAG

Kinderkrebs Schweiz fordert koordinierte Strategie

In der Schweiz erkranken jährlich rund 350 Kinder und Jugendliche an Krebs. Anlässlich des internationalen Kinderkrebstages am 15. Februar macht der Dachverband Kinderkrebs Schweiz auf die Herausforderungen in diesem Bereich aufmerksam.

Die Diagnose Krebs bei einem Kind ist mit das Schlimmste, was einer Familie passieren kann. Wie Kinderkrebs Schweiz verdeutlicht, sind Tumore im Kindes- und Jugendalter glücklicherweise selten, aber sie zählen zu den häufigsten Todesursachen in dieser Altersgruppe. Auch wenn sich dank in-

tensiver Forschungsbemühungen die Heilungschancen für junge Krebspatienten in den letzten Jahrzehnten wesentlich verbessert haben, überlebt eins von fünf Kindern nicht. Zudem kämpfen 80 Prozent der Überlebenden mit zum Teil gravierenden Spätfolgen der Krankheit und aggressiven Therapien.

Krebserkrankte Kinder benachteiligt
Da Kinder und Jugendliche an anderen Krebsarten als Erwachsene erkranken, braucht es laut dem Dachverband eine speziell angepasste Forschung. Jeder Fortschritt in diesem Bereich trägt dazu bei, ihre Heilungschancen zu erhöhen und ihre Lebensqualität wäh-

rend sowie nach der Erkrankung zu verbessern. Die Entwicklung neuer pädiatrischer Krebstherapien mache jedoch nur langsam Fortschritte, da Kinderkrebs selten und damit «nur wenig lukrativ für die Pharmaindustrie ist», schreibt Kinderkrebs Schweiz. Angesichts der Dringlichkeit bemühen sich demnach Kinderonkologen und Forschende verstärkt darum, die Toxizität der Behandlungen zu verringern, aber auch die Heilungschancen ihrer jungen Patienten weiter zu erhöhen.

Forschung brauche mehr Mittel
«In der Schweiz sind nicht profitorientierte Forschungseinrichtungen und



Kinderspitäler die einzigen Garanten dafür, dass auch junge Krebspatienten Zugang zu medizinischem Fortschritt erhalten», heisst es in der Mitteilung weiter. Sie seien jedoch alle chronisch unterfinanziert und die Kinderkrebsforschung könne nur dank Spendengeldern und Drittmitteln vorangetrieben werden. Andere europäische Länder hätten diese Versorgungslücke längst erkannt und staatliche Forschungsfonds für die pädiatrische Onkologie eingerichtet. Diese würden eine ausreichende Grundfinanzierung garantieren und Innovation beschleunigen. «Auch, weil sich die Forschenden somit verstärkt auf ihre Arbeit konzentrieren können, anstatt aufwendig Mittelbeschaffung zu betreiben. Nur so erhalten krebskranke Kinder die gleichen Heilungschancen wie Erwachsene», meint Kinderkrebs Schweiz. Dieses Jahr wird der Bund über die Forschungsförderung für die Legislaturperiode 2025 bis 2028 entscheiden, mit dem Ziel, «Innovation auf qualitativ höchstem Niveau in der Schweiz» zu ermöglichen. «Es ist zu hoffen, dass krebskranke Kinder dabei nicht vergessen gehen», mahnt der Dachverband. Denn nur mit einer stärkeren finanziellen Unterstützung könne auch der Bund einen wesentlichen Beitrag an die medizinische Grundversorgung dieser besonders schutzbedürftigen Patientengruppe leisten.

Nationale Krebsstrategie nötig

Die Krebsbekämpfung könne nur effizienter werden, wenn Bund, Kantone, relevante Organisationen und Experten die Herausforderungen im Rahmen einer national koordinierten Krebsstrategie gemeinsam angehen. «Die Schweiz ist zurzeit eines der wenigen europäischen Länder, in denen es kei-

nen nationalen Krebsplan gibt», kritisiert der Dachverband. Dies, obwohl der Ständerat und die zuständige Kommission im Nationalrat sich bereits dafür ausgesprochen haben. Gerade bei seltenen Krankheiten, wie Kinderkrebs, bei denen die Privatwirtschaft kaum Anreize sieht, neue Medikamente und Therapien zu entwickeln, könne eine national koordinierte Krebsstrategie auch dort greifen, wo Versorgungslücken drohen – unter der Voraussetzung, dass die Bedürfnisse der Kinderonkologie darin besser erfasst und dementsprechend unterstützt würden. «Bleibt zu hoffen, dass auch der Nationalrat bei seiner Abstimmung Ende Februar den dringenden Handlungsbedarf anerkennt», heisst es in der Mitteilung abschliessend. (pd/hf)